

Und immer noch: Willkommen in Rheine Zur Unterbringung weiterer Asylsuchender

Ein Kommentar von Annette Floyd-Wenke, Sprecherin DIE LINKE. Im Rat der Stadt Rheine

NRW, als Land mit der größten Flüchtlingsaufnahmeverpflichtung, bürdet seinen Kommunen immer größere Anstrengungen bei der Bewältigung der Unterbringungsprobleme auf. Hiervon ist als eine von vielen Kommunen NRWs, auch Rheine betroffen.

Die verfassungsmäßig gegebene politische Gestaltungsfreiheit des Rates der Stadt Rheine im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung ist an ihre Grenzen gestoßen. Bisher konnte es sich die Gemeinde leisten, Zugewanderte auf der Basis eines dezentralen Integrationskonzeptes willkommen zu heißen, eine Alternative, die für traumatisierte Menschen nach Ansicht aller Sachverständigen die hoffnungsvollste ist. Seit 2003 verbergen sich hinter dem „Du in unserer Mitte“ Integrationsmaßnahmen mit Vorbildcharakter. Nun werden zentrale Unterkünfte in unserer Stadt geschaffen, die keiner wollte. Dass mit einer stark steigenden Anzahl von Flüchtlingen zu rechnen war, ist seit langem bekannt. Man hätte sich darauf einstellen und im Sinne des bestehenden Konzeptes vorausschauend planen können. Dies ist jedoch nicht geschehen, gleichwohl die Fraktion der Linken schon Ende letzten Jahres auf dringenden Handlungsbedarf hingewiesen hatte.

Man kann es getrost als „Nacht-und Nebel“-Aktion bezeichnen, wie sowohl die Ratsmitglieder, als auch die Bürgerinnen und Bürger über die zukünftige Aufnahme von Flüchtlingen informiert wurden, jedenfalls hatten weder die Ratsmitglieder noch die Bürgerinnen und Bürger die an sich von der Gemeindeordnung NRW gegebene Möglichkeit zur Äußerung und Erörterung. Die Bezirksregierung kommuniziert planlos mit der Verwaltung, so dass wichtige Informationen auch nicht bei der Bürgermeisterin zusammenlaufen. Erst jetzt sind Details bekannt geworden. Folgende zentrale Unterbringungsorte stehen fest bzw. sind geplant.

- In der Damloup-Kaserne werden zwischen 300 und 400 Asylsuchende in Zelten untergebracht. Diese werden vom Land NRW unterhalten und betreut. Hiermit hat die Landesregierung die Firma European Home Care GmbH beauftragt, die sowohl einen Sicherheitsdienst, als auch Mitarbeiter zur Bearbeitung der Formalitäten und für hausdienstliche Tätigkeiten beschäftigt. Die hier untergebrachten Flüchtlinge werden entweder abgeschoben oder auf andere Gemeinden verteilt. In der Verwaltungssprache sind es sog. Landesflüchtlinge.
- Für Asylsuchende, die zunächst in Rheine verbleiben werden, den sog. Kommunalen Flüchtlingen, wurde inzwischen eine weitere Turnhalle mit einer Kapazität für 48

Personen hergerichtet. Zuvor, nämlich seit Ende Juni, wurden in einer Turnhalle 36 Personen untergebracht. Da eine Betreuung durch städtisches Personal nicht geleistet werden kann, musste hierfür ein externer Sicherheitsdienstes beauftragt werden. Weitere Maßnahmen zur Personalaufstockung und Finanzierung befinden sich in der Beschlussphase.

- Derzeit werden weitere Unterbringungsstandorte geprüft, darunter eine Industrieanlage im Stadtteil Rodde/Kanalhafen.
- Von dem Haupt- und Finanzausschuss bereits bestätigt wurde eine zweite mobile Wohneinheit am Standort Jägerstraße.

Mit dem ursprünglichen Unterbringungskonzept hat dies wenig zu tun und wir müssen uns eingestehen, dass dies tatsächlich keine menschenfreundliche Unterbringung ist, die eine Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben der Kommune möglich macht. Gerade weil dies so offensichtlich ist, muss die Verwaltung trotz erheblicher neuer Herausforderungen alle Anstrengungen unternehmen, damit der Bestand des bisherigen Integrationskonzeptes der Stadt Rheine nicht gänzlich in Frage gestellt werden muss. Um sie hierbei zu unterstützen hat der HFA beschlossen, einen politischen Arbeitskreis einzurichten, der das bestehende Konzept fortschreibt und dabei sozialräumliche und infrastrukturelle Bindungen beachten soll. Darüber hinaus aber darf die Arbeit des Runden Tisches und der damit verbundenen Arbeitskreise unter keinen Umständen ruhen. In dem Maße, wo es unter den erschwerten Bedingungen möglich ist, muss alles getan werden, damit das beschlossene Maßnahmenkonzept trotz zentraler Unterbringung gelten kann. Menschen, die bei uns Zuflucht suchen, müssen ein Gefühl der Sicherheit und des Willkommenseins haben. Es muss sichergestellt werden, dass

- insbesondere die neu eingeschulten Kinder begleitet werden
- weiterhin Willkommenssprachkurse angeboten werden
- dass die Arbeit von Ehrenamtlichen gefördert und koordiniert wird

Die Verwaltung hat die Obliegenheitspflicht, die Bürgerinnen und Bürger umfassend und zeitnah zu unterrichten. Ebenso ist die Ratsversammlung, die die wichtigen Entscheidungen in Selbstverwaltungsangelegenheiten wie der Flüchtlingspolitik trifft, mit in die Planungsphasen und der Entscheidungsfindung einzubeziehen. Die Aufnahme einer so großen Zahl von Flüchtlingen verlangt zur Bewältigung der Probleme eine gemeinsame kreative Kompetenz.

Die Bereitschaft, Asylsuchenden und Flüchtlingen in Rheine unbürokratisch und schnell zu helfen, ist groß. Neben Vereinen, Initiativen von Gruppen und einzelnen Bürgerinnen und Bürgern, engagieren sich nun auch Firmen ehrenamtlich.

So können z. B. Sachspenden (Kleidung, Spielzeug etc.) am kommenden Montag, den 31. August von 8:00 – 17:00 Uhr auf dem Elisabethplatz abgegeben werden. Diese Spenden sollen den Flüchtlingen auf dem Gelände der Damloup-Kaserne zugutekommen.

Der Fachbereich Jugend, Familie und Soziales der Stadt Rheine finanziert aus den Mitteln eines durch Spenden getragenen Sparbuchs, Willkommenssprachkurse, schulische Unterstützung und die Anschaffung von Gebrauchsgegenständen für die kommunalen Flüchtlinge. Unter Angabe des Verwendungszwecks „Mildtätige Zwecke“, KTO 300 521 523 bei der Sparkasse Rheine, BLZ 403 500 05 kann sich jede/r beteiligen.

Die LINKE lehnt Sammelunterkünfte und Unterkünfte in Gewerbegebieten, Kasernen und Außenbereichen grundsätzlich ab. Integration und Herstellung von Akzeptanz der Flüchtlinge in der Kommune sind so nicht möglich. In der jetzigen Situation haben leider die Technokraten die Oberhand. Mit Effizienz und (scheinbaren) Sachzwängen wird ein Verwaltungshandeln legitimiert, das mit linker Politik nicht in Einklang zu bringen ist. Dazu gehört auch die Einteilung in „Landesflüchtlinge“ und „Kommunale Flüchtlinge“, die weder in unserem Bewusstsein noch in unseren Herzen Platz greifen darf. Unsere Hilfe benötigen sie alle. Durch eine derart technokratische Zweiteilung wird der Gedanke des Asylrechts untergraben, denn als Schutzsuchender hat jeder Flüchtling das Recht auf eine individuelle Prüfung. Ein 2-Klassensystem bei der Behandlung von Flüchtlingen dürfen wir nicht zulassen, ansonsten besteht die Gefahr einer praktisch automatischen Rückführung z.B. von Menschen aus den sog. „sicheren“ Balkanländern.

Wenn die Politik hochindustrialisierter europäischer Staaten schon bei der Bekämpfung von Armut, Hunger und Unterentwicklung in den Ursprungsländern versagt bzw. diese gar verursacht hat, ist sie nun zumindest zu einer humanen Flüchtlingspolitik verpflichtet.

Dies gilt für Bund, Land und Kommune gleichermaßen.